

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 12./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Mittwoch, 15.03.2017, 17.30 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

	<u>Seite</u>
1. Konzeptentwicklung für ein Besucherleitsystem in der Innenstadt von Kleve - Drucksache Nr. 608 /X. -	5 - 6
2. Parkpflegewerk Neuer Tiergarten Kleve/ Kernbereich - Drucksache Nr. 609 /X. -	6 - 7
3. Radverkehrsführung Ringstraße (L 484) hier: Vorstellung der Planungsvariante im Nachgang zur Öffentlichkeitsveranstaltung - Drucksache Nr. 610 /X. -	7
4. Umbau der Querungsstelle Flasbloem/ Steinstraße für Radfahrer hier: Fällung eines doppelstämmigen Baumes im Bereich des Fahrradweges Steenowe - Drucksache Nr. 606 /X. -	7
6. e-Rad Bahn Kleve-Nijmegen hier: Sachstand und Vorstellung der Entwurfsplanung 1. Bauabschnitt	8
7. Verwendung von Herbiziden in der Pflege von Grünanlagen - Vortrag der Verwaltung	8 - 10
8. Sperrung der Straße Opschlag für den Krafffahrzeugverkehr durch ein versenkbares Pollersystem - Drucksache Nr. 629 /X. -	10
9. Mitteilungen	
a) Nachhaltigkeit der Umweltbilanz von Kunstrasenplätzen	10 - 11
b) Planung Stadthallenumfeld	11
c) Machbarkeitsstudie barrierefreier Übergang am Bahnhof	11
d) Vergabeverfahren Spyckstraße	11 - 12
e) Ersatzpflanzung aufgrund der Fällgenehmigung von einer geschützten Eiche im Rahmen der Baumaßnahme „Umbau Kindertagesstätte Ackerstraße“	12
f) Änderung Maßnahmen des Bewirtschaftungskonzepts Straßenbäume im Winterhalbjahr 2016/ 2017	12
g) Meldung über Baumfällungen aus der Baumschutzsatzung sowie über Fällungen städtischer – nicht geschützter – Bäume vom 07.12.2016 – 15.03.2017	12
h) Stellungnahme zum zweiten Entwurf des Regionalplans bezüglich der Auskiesung in Bedburg-Hau.	12 - 13
i) Stadtradeln 2017	13

**Seite**

10.	Anfragen	
	a) Radfahrer Stadthallenumfeld	13
	b) Wegweisung nach Schenkenschanz	13 - 14
	c) Einladung Deichverband zur nächsten Umwelt- und Verkehrsausschusssitzung	14
	d) Benutzungspflichtige Radwege	14
	e) Umgestaltung Alter Forstgarten	14

## Niederschrift

**über die öffentliche 12./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses  
der Stadt Kleve am Mittwoch, 15.03.2017, 17.30 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005**

Unter dem Vorsitz des  
Stadtverordneten Bay, Michael (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Fischer, Wilhelm	SPD
Gietemann, Josef	SPD für Kumbrink, Michael
Hiob, Georg	CDU
Janßen, Alexander	Offene Klever
Maaßen, Manfred	CDU
Ricken, Edmund	CDU für Dußling, Jürgen
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Verhoeven, Werner	CDU
Welberts, Stefan	SPD

Sachkundigen Bürger:

Koken, Detlef	
Loosen, Iris	
ter Meer, Hans-Jürgen	
Thomas, Gerhard	
Wiegersma, Friedhelm	
Zigan, Paul	für Bouten, Barbara

Nicht anwesend:

Bouten, Barbara	
Dußling, Jürgen,	
Evers, Richard	
Kumbrink, Michael	SPD
Rütter, Daniel	FDP
Welberts, Sonja	SPD

Von der Verwaltung sind anwesend:

Technischer Beigeordneter Rauer  
Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof  
Tariflich Beschäftigter Posdena  
Tariflich Beschäftigter Klockhaus  
Städtische Oberamtsrätin Rennecke  
Tariflich Beschäftigte van Koeverden  
Städtischer Amtsrat Seißer als Schriftführer

Von den USK ist anwesend:

Städtischer Verwaltungsrat Vervoorst

Gäste:

Fromberg, Andrea vom Planungsbüro VIA eG

Ausschussvorsitzender StV. Bay eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses ergeben sich nicht. Die Tagesordnung wird um den TOP 7 "Sperrung der Straße Opschlag durch ein versenkbares Pollersystem", Drucksache Nr. 629/X. erweitert.

1. **Konzeptentwicklung für ein Besucherleitsystem in der Innenstadt von Kleve**

- Drucksache Nr. 608 /X. -

Frau Fromberg vom Büro VIA erläutert die Konzeptentwicklung für ein Besucherleitsystem in der Innenstadt von Kleve anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Sachkundiger Bürger Zigan möchte wissen, wie viele Standorte vorgesehen seien.

Frau Fromberg teilt mit, dass über 100 Standorte vorgesehen seien.

Sachkundiger Bürger Thomas führt aus, dass derartige Beschilderungssysteme häufig durch Graffitis verunstaltet würden und bittet um Mitteilung, ob dies berücksichtigt worden sei.

Frau Fromberg führt aus, dass bei den Tafeln eine Antigraffitifolie angedacht sei. Weiterhin empfehle sie, die Wegweiser ab einer Höhe von 2,50 Metern aufzuhängen. Dies führe dazu, dass eine Beschädigung der Wegweisung erschwert werde und Verkehrsunfälle vermieden würden.

Sachkundiger Bürger Koken teilt mit, dass verschiedene Varianten aufgezeigt worden seien und fragt an, ob die Infotafeln auch bei den einfacheren Varianten beinhaltet seien und diese mit QR-Codes versehen seien.

Frau Fromberg antwortet, dass es sich zunächst um ein Grobkonzept für Design und Layout handle. Die Infotafeln seien aber ebenso wie die QR-Codes bei allen drei vorgestellten Varianten vorgesehen.

StV. Teigelkötter fragt an, ob ein derartiges Besucherleitsystem im Smartphonezeitalter noch zeitgemäß sei.

Frau Fromberg führt aus, dass das Besucherleitsystem für unterschiedliche Zielgruppen entwickelt worden sei. Einige Nutzer des Systems seien ohne Smartphone unterwegs. Grundsätzlich werde dies aber kontrovers diskutiert. Die Fußgängerwegweisung sei eine Ergänzung zu weiteren Orientierungsmöglichkeiten.

StV. Gietemann führt aus, dass im Stadtgebiet viele Radwegweiser vorhanden seien und fragt an, ob bei gleichen Zielen gewisse Schilder entfernt werden könnten, um einen weiteren Schilderwald zu vermeiden.

Frau Fromberg teilt mit, dass das Kreiskataster für Radwegweisung überarbeitet werde. Hier könne eine Abstimmung bezüglich der Wegnahme innerstädtischer Ziele durchgeführt werden.

StV. Bucksteg fragt an, ob es Erfahrungswerte gebe, in welchem Abstand die Wegweiser wiederholt würden.

Frau Fromberg antwortet, dass die Wegweiser an jedem Entscheidungsort wiederholt würden.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay führt aus, dass man sich auf die Farbe Enzianblau festgelegt habe. Dieses verbleiche ebenso schnell wie beispielsweise rot. Er hege Bedenken bezüglich der Haltbarkeit. Weiterhin findet er die Schildermasten mit einer Höhe von 2,50 Metern und vielen Zielen sehr unübersichtlich.

Frau Fromberg erörtert, dass eine ähnliche Maßnahme vor sieben Jahren in Brühl umgesetzt worden sei. Es seien bis heute keine Farbveränderungen zu erkennen. Andere Rottöne bei neueren Systemen würden ebenfalls nicht mehr ausbleichen. Die Übersichtlichkeit werde durch eine geringere Zieldichte (max. sechs Ziele) pro Standort sichergestellt. Die Höhe der Wegweiser sei immer diskutabel. Der Vorschlag für die Stadt Kleve beinhalte breitere Wegweiser. Diese würden zusätzlich mit geringem Abstand gesetzt. Eine geringe Aufstellhöhe führe häufiger zu Beschädigungen. Die richtige Balance zwischen Sicherheit und Erkennbarkeit müsse geschaffen werden.

StV. Schnütgen erläutert, dass in der Drucksache Haushaltsmittel in Höhe von 50.000,00 € aufgeführt seien und möchte wissen, ob die Verwaltung bereits eine Vorentscheidung im Hinblick auf die drei vorgestellten Varianten habe.

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass die Haushaltsmittel sehr vorsichtig angesetzt worden seien. Zur Erstellung des Haushaltsplanes hätten noch keine genaueren Zahlen vorgelegen. Er empfehle aber aus optischen Gründen eine höherwertige Variante anzuschaffen.

StV. Verhoeven beantragt weitere Fraktionsberatungen.

## 2. **Parkpflegewerk Neuer Tiergarten Kleve/ Kernbereich**

- Drucksache Nr. 609 /X. -

StV. Schnütgen teilt mit, dass die Drucksache bereits im Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung behandelt worden sei und beantragt weitere Fraktionsberatungen.

StV. Gietemann beantragt ebenfalls Fraktionsberatungen. Eine ganz entscheidende Frage sei jedoch die Berücksichtigung der Querspange.

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass die Planungen im Konjunktiv beschrieben seien. Es sei insgesamt keine Straßenplanung vorgesehen. Durch das Parkpflegewerk werde keine Straße vorgeplant. Wunsch sei es, den historischen Tiergarten vom Verkehr zu entlasten und die Aufenthaltsqualität zu steigern. Die Tiergartenstraße sei aber eine Bundesstraße und daher nicht einfach nur zu beruhigen.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay teilt mit, dass ein Metaplan Straßenverkehr entwickelt werden müsse. Deshalb stelle sich die Frage nach der Querspange bei der vorgelegten Drucksache aktuell nicht. Wenn das Parkpflegewerk umgesetzt werde, werde nicht direkt eine neue Straße gebaut.

StV. Gietemann hat weiterhin Bedenken bezüglich der aufgeführten Querspange.

Sachkundiger Bürger Thomas teilt die Bedenken des StV. Gietemann im Hinblick auf die Querspange und bittet um Aufnahme eines Zusatzes in das Parkpflegewerk.

Technischer Beigeordneter Rauer teilt erneut mit, dass das Parkpflegewerk ein Konjunktiv sei. Die Querspange werde in den nächsten Jahren nicht gebaut und sei als Diskussionspunkt aufgeführt. Das jährlich geplante Programm werde der Politik jeweils vorgestellt. Somit behalte die Politik jederzeit die Steuerung.

StV. Verhoeven lobt das Parkpflegewerk in der vorliegenden Form und teilt mit, dass er keine Probleme bei der Umsetzung sehe. Die Politik bleibe auch bei den Einzelmaßnahmen jederzeit in der Steuerung.

Technischer Beigeordneter Rauer ergänzt, dass das Parkpflegewerk aus wissenschaftlichen Hintergründen erstellt worden sei. Maßnahmen, welche umgesetzt werden sollen, würden jährlich vorgestellt und müssten von der Politik genehmigt werden.

### 3. **Radverkehrsführung Ringstraße (L 484)**

hier: Vorstellung der Planungsvariante im Nachgang zur Öffentlichkeitsveranstaltung  
- Drucksache Nr. 610 /X. -

Tariflich Beschäftigte van Koeverden erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Drucksache.

StV. Schnütgen teilt mit, dass bereits im Jahr 2016 ein Antrag bezüglich der Einrichtung von ARAS auf der Römerstraße gestellt worden sei und bittet um Mitteilung, ob dies bei den Planungen berücksichtigt worden sei.

Tariflich Beschäftigte van Koeverden antwortet, dass ARAS auf der Römerstraße im Zuge der Maßnahme Ringstraße noch nicht umgesetzt werden können. Gegebenenfalls würden aber Planungsleistungen für die Römerstraße über den Nachtrag zur Verfügung gestellt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Kleve einstimmig, dem Beschlussvorschlag der Drucksache zu folgen.

Die PowerPoint-Präsentation liegt der Niederschrift anbei.

### 4. **Umbau der Querungsstelle Flasbloem/ Steinstraße für Radfahrer**

hier: Fällung eines doppelstämmigen Baumes im Bereich des Fahrradweges Steenowe  
- Drucksache Nr. 606 /X. -

Tariflich Beschäftigte van Koeverden erläutert die Drucksache anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay teilt mit, dass der Umwelt- und Verkehrsausschuss die Fällung des doppelstämmigen Baumes zur Kenntnis nehme.

Die PowerPoint-Präsentation liegt der Niederschrift anbei.

## 6. **e-Rad Bahn Kleve-Nijmegen**

hier: Sachstand und Vorstellung der Entwurfsplanung 1. Bauabschnitt

Tariflich Beschäftigte van Koeverden erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Planungen zur e-Radbahn Kleve - Nijmegen.

StV. Schnütgen führt aus, dass der Querungsbereich an der Wiesenstraße ein Mischbereich sei und fragt nach, ob Radfahrer daher den Radweg als Aufstellfläche nutzen müssen.

Tariflich Beschäftigte van Koeverden antwortet, dass durch eine dementsprechende Pflasterung der Radweg unterbrochen werden solle und somit auf die Aufstellfläche hingewiesen werde.

Die PowerPoint-Präsentation liegt der Niederschrift anbei.

## 7. **Verwendung von Herbiziden in der Pflege von Grünanlagen**

- Vortrag der Verwaltung

Städtischer Verwaltungsrat Vervoorst führt aus, dass auf befestigten Freilandflächen sowie auf sonstigen Freilandflächen, die u.a. weder landwirtschaftlich noch gärtnerisch genutzt würden, Pflanzenschutzmittel nach dem Pflanzenschutzgesetz grundsätzlich nicht angewendet werden dürften. Zu den befestigten Freilandflächen gehörten u.a. befestigte Wege, Straßen etc.. Ausnahmen hiervon seien nur unter bestimmten, sehr eng umrissenen Rahmenbedingungen möglich. Im Übrigen sei mit Antragstellung bei der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen auch das Gesamtkonzept der Wildkrautbekämpfung darzulegen.

Den USK liege für die Jahre 2015 und 2016 sowie aktuell auch für die Jahre 2017 und 2018 eine entsprechende Ausnahmegenehmigung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen vor. Solche Genehmigungen würden nur für ganz bestimmte und entsprechend benannte Einsatzzwecke/ Flächen unter diversen Auflagen und unter Vorgabe des Pflanzenschutzmittels erteilt. Es sei jeweils im Einzelfall zu begründen, dass der angestrebte Zweck vordringlich sei, mit zumutbarem Aufwand auf andere Weise nicht erzielbar und überwiegende öffentliche Interessen nicht entgegenstünden. Beispielhaft seien hier Teilbereiche von wassergebundenen Wegen in Parkanlagen und zwar nur an bewachsenen Gehölzstreifen und dort nur in einem 30 cm breiten Streifen genannt. Also Bereiche, die ansonsten nur sehr schwer mit thermischen/mechanischen Verfahren erreichbar seien.

Seit 2015 finde das Produkt „Finalsan“ Anwendung. Dieses sei behördlich zugelassen, nichtschädigend für Nutzorganismen, nicht bienengefährlich und schnell abbaubar.

Es werde auf Friedhofswegen, Wegen in Grünanlagen und auf Wegen im Gustav-Hoffmann-Stadion sowie auf verunkrauteten Bereichen von bestimmten Straßenzügen eingesetzt. Bei letzteren insbesondere in den Bereichen, die mit thermischen/mechanischen Verfahren nur sehr erschwert erreichbar seien, jedoch u. a. aus Gründen der Verkehrssicherung Handlungsbedarf gegeben sei. Der Einsatz erfolge einmal im Jahr. Im Jahr 2016 wurde eine Fläche von zusammen rd. 18.000 m<sup>2</sup> behandelt.

Auf gärtnerisch genutzten Flächen in öffentlichen Parks und Gärten, Grünanlagen etc. dürften gleichfalls bestimmte zugelassene Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden.



Genutzt werde im Bedarfsfall das Mittel Kerb 50 flo. Im Jahr 2015 seien ca. 1.200 m<sup>2</sup>, im Jahr 2016 0 m<sup>2</sup> und im Jahr 2017 ca. 1.300 m<sup>2</sup> behandelt worden. Das Mittel werde sehr restriktiv eingesetzt. Der Einsatz erfolge insbesondere gegen Quecken und nur, wenn andere Maßnahmen nicht zielführend bzw. vom Aufwand her vertretbar seien.

Es sei insgesamt festzustellen, dass durch die USK Pflanzenschutzmittel nur äußerst sparsam, in stetig geringerem Umfang und nur durch entsprechend qualifizierte Kräfte (Sachkundenachweis) eingesetzt wurden und werden.

Die USK haben gerade in den letzten Jahren verstärkt Konzepte zur alternativen Wildkrautbekämpfung ergänzend zur aufwändigen manuellen Entfernung entwickelt und umgesetzt. Dies habe in erheblichem Maße zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln beigetragen. Dies werde auch weiterhin konsequent angestrebt/ausgebaut.

Beispielhaft seien hier genannt:

- Nachrüstung der Kehrmaschinen mit speziellen und zusätzlichem Wildkrautbesen für den Einsatz an Bürgersteigrändern bzw. Rändern befestigter Parkflächen,
- Thermische Wildkrautbekämpfung auf Bürgersteigen sowie wassergebundenen Wegen/Flächen. Hierzu wurde ein Geräteträger mit einem speziellen Anbaugerät ausgerüstet, das mittels Heißluft Wildkraut abtötet. In 2016 sei ein weiteres, handgeführtes Gerät angeschafft worden.
- Anschaffung handgeführter Wildkrautbürsten,
- Verwendung von Alternativmaterialien sowie Stabilisatoren in wassergebundenen Wegedecken (z.B. „Hansegrand“, Kalksteinmaterialien) und
- Anschaffung eines Federzinkenegaliers. Dabei handle es sich gleichfalls um ein spezielles Anbaugerät, mit welchem Wildkräuter insbesondere auf wassergebundenen Decken mechanisch entfernt und die Deckschicht aufgearbeitet werde.

Es solle aber auch noch auf Folgendes hingewiesen werden:

In den meisten Anliegerstraßen sei nach der Straßenreinigungssatzung die Reinigung z. B. der Gehwege den Anliegern übertragen. Dies werde in nahezu allen Kommunen so praktiziert bzw. so geregelt. Diese Reinigungspflicht umfasse auch die Entfernung von Unkraut, das z. B. zwischen den Wegeplatten oder Pflastersteinen hindurchwachse. Sie beinhalte dann aber auch die Entfernung von Wildkraut/Unkraut aus den Baumscheiben der im Gehweg befindlichen Bäume, sofern diese Baumscheiben nicht gärtnerisch gestaltet (z.B. mit Bodendeckern) oder einer Grünanlage zuzuordnen seien. Insofern liege oftmals die Verantwortung für das sogenannte Wildkraut eigentlich nicht bei der Kommune.

Die dargestellte planmäßige Abkehr/ Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln hin zu alternativen Methoden habe aber auch zur Folge, dass das Erscheinungsbild einiger Flächen im Hinblick auf die Unkrautsituation sich ggfs. verändert – gefühlt qualitativ schlechter sein könne. Dessen müsse man sich bewusst sein, wengleich auch Wildkraut bzw. Unkraut Bestandteil der Ökologie sei.

Sachkundiger Bürger Thomas führt aus, dass eine Übernutzung in den Randbereichen geprüft werden solle. Vielleicht könne auch der Pflegeplan minimiert werden.

Sachkundiger Bürger Koken teilt mit, dass sich eine Fläche von 18.000 m<sup>2</sup> sehr groß anhöre.

Städtischer Verwaltungsrat Vervoorst erläutert, dass die dargestellten Flächen beispielsweise aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht, immer auf Antrag bei der

Landwirtschaftskammer, behandelt würden. Die USK würden große Anstrengungen unternehmen, um Pflanzenschutzmittel nur im geringen Maße einzusetzen.

Sachkundiger Bürger Thomas teilt mit, dass die Angelegenheit nicht grundsätzlich schwarz oder weiß zu sehen sei. Es gebe beispielsweise invasive Problemunkräuter, welche mit chemischen Mitteln bekämpft werden müssten. Den USK sollte das Vertrauen ausgesprochen werden, dass verantwortungsvoll mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln umgegangen werde.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay antwortet, dass es nicht darum gehe, den USK das Missvertrauen auszusprechen. Im Bereich der Schlehhecke seien chemische Mittel versprüht worden. Die könne eventuell zu Gefahrensituationen für die dort spielenden Kinder führen.

StV. Gietemann teilt mit, dass Kleve eine Fläche von 9.776 ha habe. Von dieser Fläche seien 1,8 ha mit Pflanzenschutzmitteln behandelt worden. Es handle sich somit um eine Fläche im Promillebereich.

Sachkundiger Bürger Wiegersma teilt mit, dass thermische Verfahren viel schädlicher sein könnten, da alle Lebewesen in den behandelten Bereichen getötet würden. Das Jakobskraut verbreite sich seit Jahren von den Randstreifen auf Nutzflächen. Dies führe zu großen Problemen und Gefahren für Menschen und Tiere. Daher solle die Verwendung von chemischen Mitteln weiterhin mit Bedacht durch die USK durchgeführt werden.

## 8. **Sperrung der Straße Opschlag für den Kraftfahrzeugverkehr durch ein versenkbares Pollersystem**

- Drucksache Nr. 629 /X. -

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof erläutert die Drucksache.

StV. Gietemann führt aus, dass nunmehr die ersten Poller in Kleve eingebaut werden sollten. Die Verwaltung habe dies in der Vergangenheit immer abgelehnt und fragt an, ob solche Pollersysteme auch in anderen Bereichen eingesetzt werden könnten. Er begrüße die vorgeschlagene Maßnahme.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof teilt mit, dass dies nicht ohne Weiteres möglich sei. Es handle sich bei der Aufstellung von Pollern um eine Teileinziehung der Straße, welche immer zu einer Verlagerung des Verkehrs führe. Alle Straßen seien grundsätzlich für den Verkehr gebaut worden. Bei der Straße Opschlag solle der Aufenthaltscharakter gestärkt und das Durchfahren der Straße mit Kraftfahrzeugen unterbunden werden.

StV. Verhoeven beantragt weitere Fraktionsberatungen.

## 9. **Mitteilungen**

a) Nachhaltigkeit in der Umweltbilanz von Kunstrasenplätzen

Tariflich Beschäftigter Klockhaus teilt mit, dass der vom Rat der Stadt Kleve beschlossene Sportentwicklungsplan zur Stärkung des Fußballsports die Bildung von Sportzentren vorsehe. Ziel solle dabei die Bündelung von Ressourcen bei gleichzeitiger

Standortverbesserung sein. Die Verwaltung plane derzeit die Anlage von Kunstrasenplätzen auf dem Gelände des SV Siegfried Materborn und dem SV Rindern. Im Hinblick auf die Umweltauswirkungen und die Nachhaltigkeit in der Umweltbilanz werde die Verwaltung in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 11.05.2017 berichten.

#### b) Planungen Stadthallenumfeld

Tariflich Beschäftigter Klockhaus führt aus, dass die ursprüngliche Planung zum Stadthallenumfeld dem Umwelt- und Verkehrsausschuss zuletzt in seiner Sitzung am 08.09.2016 vorgestellt worden sei. Das Hauptaugenmerk dieser Planungen sei hier insbesondere auf das Parken gerichtet worden. Alternativ hierzu werde aktuell im Fachbereich 66 eine Variante erarbeitet, welche sowohl den Erhalt von Baumstandorten berücksichtige, als auch eine Aufenthaltsqualität (Platzcharakter) im Bereich der Lohstätte - in Höhe der Gastronomiebetriebe - schaffen solle. Zusätzliche Fahrradabstellplätze würden darüber hinaus auch vorgesehen. Die Planungsalternative solle in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 11.05.2017 vorgestellt werden.

#### c) Machbarkeitsstudie barrierefreier Übergang am Bahnhof

Tariflich Beschäftigter Klohaus führt aus, dass die Bezirksregierung die Zusage gegeben habe, die Machbarkeitsstudie zum barrierefreien Übergang am Bahnhof in die Fortschreibung zum integrierten Handlungskonzept aufzunehmen und zu fördern. Die Bewilligung werde noch im Frühjahr erwartet. Drei von der DB AG zugelassenen Ingenieurbüros seien mit der Bitte um ein Angebot zur Erstellung der Machbarkeitsstudie angeschrieben worden. Abgabefrist sei der 20.02.2017 gewesen, jedoch sei nur ein Angebot eingereicht worden. Die Bearbeitungszeit schätze das Büro auf vier Monate. Zunächst müsse nun die Bewilligung seitens der Bezirksregierung abgewartet werden. Anschließend könne der Honorarauftrag vergeben werden.

#### d) Vergabeverfahren Spycckstraße

Tariflich Beschäftigter Klockhaus teilt mit, dass die Bauleistungen zur Spycckstraße gemäß VOB/A öffentlich ausgeschrieben worden seien. Der Eröffnungstermin sei der 17.11.2016 gewesen. Die Zuschlagsfrist sei nun bereits bis zum 28.02.2017 verlängert worden. In einem Gespräch beim Kreis Kleve am 14.12.2016 sei der Verwaltung mitgeteilt worden, dass die Baumstandorte an der Spycckstraße als Allee anzusehen seien. Bei Eingriffen in die Allee, wie bei der geplanten Kanal- und Straßenbaumaßnahme an der Spycckstraße, sei ein Antrag auf Befreiung nach § 75 Landesnaturschutzgesetz NRW in Verbindung mit § 67 Bundesnaturschutzgesetz zu stellen. Mit der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes sei nun eine Beteiligung der Naturschutzverbände verbunden. Auf Grund dieser neuen Situation habe der Fachbereich 66 am 16.12.2016 dem Kreis Kleve einen Entwurf des Antrags per E-Mail mit der Bitte um kritische Durchsicht und Rücksprache übersandt. Am 13.01.2017 habe der Kreis Kleve weitere Bearbeitungshinweise für die Antragstellung per E-Mail übersandt. Diese seien in den Antrag, der am 26.01.2017 in Schriftform dem Kreis Kleve zugestellt wurde, eingearbeitet worden. Der Kreis Kleve habe im Anschluss die Naturschutzverbände formal beteiligt. Ein Ergebnis der Beteiligung der Verbände liege derzeit der Verwaltung nicht vor. Die nächste Naturschutzbeiratssitzung (vormals Landschaftsbeirat) finde im Mai 2017 statt. Darüber hinaus sei der Zeitraum für die Fällung der Bäume unter Berücksichtigung des Artenschutzes bereits verstrichen. Hieraus ergäben sich Änderungen der Rahmenbedingungen zur ursprünglichen Ausschreibung bzw. Kalkulationsgrundlage.

Somit sei eine Erfüllung der ausgeschriebenen Bauleistungen auf der damaligen Leistungsbeschreibung derzeit nicht möglich. Daher werde die Ausschreibung gemäß § 17 VOB/A wegen schwerwiegender Gründe aufgehoben. Die Leistungen sollen unter Berücksichtigung der Änderungen aus der Befreiung im dritten Quartal 2017 erneut öffentlich ausgeschrieben werden.

- e) Ersatzpflanzung aufgrund der Fällgenehmigung von einer geschützten Eiche im Rahmen der Baumaßnahme "Umbau Kindertagesstätte Ackerstraße"

Tariflich Beschäftigter Posdena führt aus, dass das Büro Bruno Braun Architekten GmbH mit Schreiben vom 24.02.2017 im Rahmen der Baumaßnahme "Kindertagesstätte Ackerstraße 95" einen Fällantrag für eine gemäß der Baumschutzsatzung geschützten Eiche gestellt habe. Eine alternative Ausführung des Gebäudes sei insbesondere aus Gründen des Denkmalschutzes nicht möglich. Die Verwaltung beabsichtige, den Fällantrag, mit der Auflage der Ersatzpflanzung von drei Laubbäumen auf dem Grundstück gemäß § 6 der Baumschutzsatzung, als Ausnahme zu genehmigen.

- f) Änderung Maßnahmen des Bewirtschaftungskonzepts Straßenbäume im Winterhalbjahr 2016 / 2017

Tariflich Beschäftigter Posdena teilt mit, dass in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 13.04.2016 die Maßnahmen für das Bewirtschaftungskonzept Straßenbäume im Winterhalbjahr 2016/ 2017 vorgestellt worden seien. Maßnahmen in der Erikastraße, am Köstersweg sowie in der Straße In de Kamp seien vorgesehen gewesen. Die einzige Änderung in der Durchführung habe sich aufgrund der vorgezogenen Maßnahme an der Kendelstraße ergeben, die aus Mitteln des Bewirtschaftungskonzepts Straßenbäume realisiert worden sei. An der Kendelstraße seien, gemäß Ratsbeschluss vom 09.03.2016, neun Lederhülsenbäume aus Gründen der Gefahrenabwehr entfernt worden. Daher mussten an der Straße In de Kamp noch einige Bäume verbleiben, die dann aber im kommenden Winterhalbjahr gefällt und ersetzt würden. In der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 11.05.2017 würden die Maßnahmen für das kommende Winterhalbjahr 2017/ 2018 vorgestellt. Neben der Straße In de Kamp würden voraussichtlich weitere Maßnahmen im Köstersweg und in der Schröderstraße erfolgen.

- g) Meldung über Baumfällungen aus der Baumschutzsatzung sowie über Fällungen städtischer - nicht geschützter - Bäume vom 07.12.2016 bis 15.03.2017

Tariflich Beschäftigter Posdena teilt mit, dass die Tabelle über Fällgenehmigungen geschützter sowie nicht geschützter, städtischer Bäume der Niederschrift beigefügt werde.

- h) Stellungnahme zum zweiten Entwurf des Regionalplans bezüglich der Auskiesung in Bedburg-Hau

Tariflich Beschäftigter Posdena führt aus, dass die Stadt Kleve in der Stellungnahme zum Regionalplan nicht explizit auf die Sondierungsfläche für künftige BSAB (Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze) auf dem Gemeindegebiet von Bedburg-Hau an der Stadtgrenze zu Kleve eingegangen sei. Folgende allgemeine Stellungnahme sei formuliert worden:

"Aus Sicht der Stadt Kleve ist auch künftig ein restriktiver Planungsansatz erforderlich. Der haushälterische Umgang mit Bodenschätzen und die Lenkung der Abgrabungen in möglichst konfliktarme Bereiche sind notwendig."

Die Gemeinde Bedburg-Hau habe sich in der Stellungnahme zum Regionalplan gegen die Darstellung der Sondierungsfläche für einen Abgrabungsbereich im Bereich der Querallee/ Triftstraße ausgesprochen.

#### i) Stadtradeln 2017

Tariflich Beschäftigter Posdena führt aus, dass die Stadt Kleve auch 2017 wieder mit politischer Zustimmung am Stadtradeln teilnehme. Die 21-tägige Kampagne finde laut Empfehlung des Unterausschusses Radverkehr am 20.02.2017 im Zeitraum 28.06. - 18.07.2017 statt. Für die Kampagne würden Stadtradel-Stars gesucht, die sich während der 21-tägigen Kampagne ausschließlich mit dem Rad fortbewegen.

### 10. Anfragen

#### a) Radfahrer Stadthallenumfeld

StV. Schnütgen fragt an, ob bei der Planung des Stadthallenumfeldes auch an Radfahrer gedacht worden sei. Flächen für Fußgänger und Kraftfahrzeuge seien zu erkennen.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus antwortet, dass die Querschnittsbreite der Straße Lohstätte keine Radwege zulasse.

Technischer Beigeordneter Rauer ergänzt, dass die Anlage von benutzungspflichtigen Radwegen innerhalb einer 30-km-Zone nicht zulässig sei.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay führt aus, dass beispielsweise in Nimwegen nichtamtliche Schilder für Radfahrer aufgestellt würden. Die Planungen seien bisher sehr autoorientiert.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus antwortet, dass Bereiche auch für schwächere geplant würden. Phantasieschilder nach Vorbild aus den Niederlanden könnten in Deutschland im Rahmen der Straßenverkehrsordnung nicht aufgestellt werden. Das Stadthallenumfeld werde aber nicht gegen Radfahrer geplant.

#### b) Wegweisung nach Schenkenschanz

StV. Schnütgen teilt mit, dass die Radwegweisung keine Hinweise auf Schenkenschanz beinhalte. Die Hochschule habe gefragt, wer verantwortlich dafür sei.

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass die Zuständigkeiten bei den Fachbereichen 32 und 61 lägen und sichert eine Überprüfung durch die Verwaltung zu.

Tariflich Beschäftigte van Koeverden teilt mit, dass die Wegweisung an den derzeitigen Status angepasst sei. Für das Knotenpunktsystem des Kreises Kleve sei eine Wegweisung nach Schenkenschanz von der Verwaltung vorgeschlagen worden.

StV. Schnütgen ergänzt, dass an der Martin-Schenk-Straße ein Hinweis fehle, dass die Fähre nicht mehr fahre. Dies verärgere einige Radfahrer.

#### c) Einladung Deichverband zur nächsten Umwelt- und Verkehrsausschusssitzung

StV. Gietemann bittet den Deichverband zur nächsten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses einzuladen. Es könne beispielsweise über den Verlauf des Oraniendeichs berichtet werden.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bittet die Verwaltung, das Erforderliche zu veranlassen.

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass eventuell die Deichbaumaßnahmen der nächsten Jahre vorgestellt werden könnten.

#### d) Benutzungspflicht Radwege

Sachkundiger Bürger Koken teilt mit, dass beispielsweise die benutzungspflichtigen Radwege an der Albersallee bzw. Kalkarer Straße den gesetzlichen Anforderungen kaum noch genüge tragen würden.

Tariflich Beschäftigte van Koeverden antwortet, dass die Problematik bekannt sei, zunächst aber andere Maßnahmen im Fokus stünden. Die Benutzungspflicht von Radwegen werde sukzessive geprüft.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus ergänzt, dass die Benutzungspflicht von Radwegen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht überprüft werde.

#### e) Umgestaltung Alter Forstgarten

StV. Teigelkötter teilt mit, dass er in der WDR-Lokalzeit einen Bericht gesehen habe, in dem Frau Semrau-Lensing über Fördermöglichkeiten der EU zu einer möglichen Umgestaltung des Alten Forstgartens gesprochen habe.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass vorrangig im Bereich des Neuen Tiergartens Maßnahmen umgesetzt würden. Dies schließe nicht aus, dass auch punktuell im Bereich des Alten Tiergartens Maßnahmen getroffen würden.

Ende der Sitzung: 19.55 Uhr

(Bay)  
Vorsitzender

(Seißer)  
Schriftführer